



Vorlage KuSA_08/2013
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und
Schulausschusses
am 11.03.2013

mit 3 Anlagen

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur- und Schulausschuss – unserem Europaausschuss – über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

I. Europäischer Wettbewerb der Schulen und Europaquiz 2013

Der 60. Europäische Wettbewerb der Schulen hat das Jahresmotto der EU-Kommission aufgegriffen: „Wir sind Europa! Wir reden mit! 2013 - Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger“. Zu Beginn des Schuljahres 2012/2013 haben wir die Schülerinnen und Schüler im Landkreis dazu aufgerufen, sich zahlreich mit Texten und Bildern an der Ausschreibung zu beteiligen. **Die Preisverleihung soll am 6. Mai 2013 im Großen Sitzungssaal des Kreishauses stattfinden.** Wir erwarten über 300 Gäste.

Um das Thema Europa an den Schulen noch mehr in den Fokus zu rücken, haben wir wieder ein Europaquiz für die weiterführenden Schulen ausgeschrieben, das mit attraktiven Preisen honoriert ist. Das Europaquiz findet dieses Jahr bereits zum 10. Mal statt. Erneut unterstützt die Kreissparkasse Ludwigsburg das Europaquiz. So können wir als ersten Preis eine Reise für eine Schulklasse mit einer Übernachtung und einem Empfang im Europaparlament bei Herrn MdEP Rainer Wieland in Straßburg vergeben. Der zweite Preis ist ein Ausflug nach Frankfurt am Main mit dem Besuch der Europäischen Zentralbank, der dritte Preis ein Buchgutschein zum Thema Europa. Die Preisverleihung des Europaquiz findet gemeinsam mit der Preisverleihung des Europäischen Wettbewerbs am 6. Mai 2013 im Großen Sitzungssaal des Kreishauses statt. Die Mitglieder des Kultur-, Schul- und Europaausschusses sind dazu herzlich eingeladen.

II. Bürgerforum Europa im Landratsamt Ludwigsburg

Für Juni 2013 planen wir ein „Bürgerforum Europa“, mit dem an die erfolgreichen Europaveranstaltungen im Landratsamt – zum Beispiel an die Europakonferenz 2007 oder an das Bürgerforum Europa 2011 – angeknüpft werden soll. Geplant ist, dass die Veranstaltung zum einen unser Beitrag zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 wird. Zu anderen soll sie auch eine Auftaktveranstaltung zum Jahr der Europawahl 2014 darstellen. Mit unseren Möglichkeiten möchten wir die Bürger zu mehr Interesse für europäische Belange und zu einer Beteiligung an der Europawahl motivieren.

Schwerpunkt wird der Bereich „Energiewende und Ressourceneffizienz“ sein. Ziel ist es, diesen Themenkomplex von der europäischen auf die lokale Ebene „herunterzuberechnen“. Folgende Fragestellungen sollen dabei im Zentrum stehen: Wie können wir unsere gemeinsamen Ressourcen effizient nutzen, um die Energieversorgung im Sinne der Nachhaltigkeit für alle Bürger in Europa zu gewährleisten? Warum ist die Energiewende für unsere Ressourceneffizienz notwendig, gerade auch auf europäischer Ebene? Was unternimmt die Europäische Union, was tut der Landkreis, was können die Bürgerinnen und Bürger zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft beitragen? Für Impulsreferate zur Energiewende im ersten Teil möchten wir Vertreter verschiedener politischer Ebenen (EU, Land, Landkreis) gewinnen, bevor in einer anschließenden Podiumsdiskussion konkrete Fragen zum Thema aus verschiedenen Perspektiven erörtert werden.

III. Handreichung „Europaarbeit in den Kommunen“ des RGRE

Der Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten der Deutschen Sektion des RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) hat eine Handreichung zur Europaarbeit in den deutschen Kommunen erarbeitet. Dieses Papier soll helfen, sich einen Überblick über die zum Teil sehr unterschiedlichen Aufgaben, Strukturen und Inhalte der Europaarbeit in den einzelnen Kommunen zu verschaffen. Zudem sollte der Dienstleistungscharakter der Europaarbeit erläutert und die Europaaktivitäten sichtbar gemacht werden.

Um eine seriöse Basis für die Aussagen zu erhalten, führte die RGRE-Geschäftsstelle unter den Mitgliedern des Arbeitskreises eine Umfrage zur Strukturierung und Ausgestaltung kommunaler Europaarbeit durch, bei der sich – neben allen Unterschiedlichkeiten – viele gemeinsame Nenner in der kommunalen Europaarbeit heraus kristallisierten und die sich nun in der vorliegenden Arbeitshilfe wieder finden. Diese Broschüre stellen wir Ihnen gerne zur weiteren Verwendung zur Verfügung. Sollten Sie weitere Exemplare benötigen, können Sie uns gerne Bescheid geben. Außerdem steht die Handreichung auf der Homepage des RGRE unter dem Link http://www.rgre.de/arbeitshilfe_europaarbeit.html zur Verfügung.

IV. EU-Projekte der Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises (AVL)

Das EU-Projekt SufalNet4EU ist ein Netzwerk zur nachhaltigen Nutzung früherer, stillgelegter Deponien. Der EU-Verwaltung waren auf dem Gebiet der Europäischen Gemeinschaft insgesamt rund 150.000 Deponien und Altlasten bekannt, die eine Gesamtfläche von 300.000 ha bedecken, welches in etwa der Fläche der Städte Rom, Paris und Madrid zusammen entspricht. Die EU hat daher Programme entwickelt, um die Nachnutzung von Deponieflächen zu intensivieren und damit diese erheblichen Flächenressourcen wieder nutzbar zu machen. Ziel des EU-Projektes SufalNet4EU war es, im Projektteam von 15 Teilnehmern aus 10 Ländern Planungen für die Nachnutzung von Depo-

nien zu entwickeln und bis Ende 2011 auszuarbeiten, die dann exemplarisch auch an anderen Deponiestandorten anwendbar wären. Die Planungen reichten von Naturparks (Griechenland und Nordirland), Erlebniswelten (Nordirland), innerstädtische Parkanlagen (England) bis über Windkraft- (Niederlande) und Photovoltaikanlagen (Böblingen), jeweils auf alten Deponiestandorten. Sie beschrieben auch die ökologischen, sozialen und ökonomischen Vorteile aus der jeweiligen Nachnutzung der Deponie. Ein weiterer Vorteil des Projektes war der Austausch von Informationen über die Ländergrenzen hinweg. Das EU-Projekt SufalNet4EU ist mittlerweile abgeschlossen.

Zum EU-Projekt GreenCook: In der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie hat die Abfallvermeidung in der fünfstufigen Wertehierarchie weiterhin oberste Priorität. Es wird als Problem erkannt, dass die bisherigen Produktions- und Konsumweisen weltweit größtenteils noch immer nicht auf Nachhaltigkeit ausgelegt sind. Vor diesem Hintergrund sind die EU-Mitgliedsstaaten aufgerufen, bis Ende 2013 nationale Abfallvermeidungsstrategien zu entwickeln. Das Projekt GreenCook greift diese Vorgaben auf und geht insofern darüber hinaus, als die gemeinsamen Ergebnisse aller Teilnehmer zu einer über die nationalen Grenzen hinausgehenden Strategie für den praktischen Umgang mit Lebensmitteln während des gesamten Lebenslaufes führen sollen.

Für die AVL bietet die Teilnahme an GreenCook die Möglichkeit, am Beispiel des Lebensmittelbereiches vertieftes Know-how über Konsumverhalten und Lebensgewohnheiten sowie das Bewusstsein der Bevölkerung für die Wertigkeit von Lebensmitteln zu erhalten und Erfahrungen über Einflussmöglichkeiten auf Abfallvermeidung zu sammeln. Die Teilnahme am Projekt ermöglicht es außerdem, an einem konkreten Beispiel wie den Lebensmitteln die Themen Abfallvermeidung und Nachhaltigkeit in das Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Dabei steht nicht die Theorie im Vordergrund, sondern die Frage, wie im ganz alltäglichen Leben tatsächlich Abfälle vermieden werden können. Weitere wesentliche Aspekte der Vermeidung von Lebensmittelabfällen werden von den übrigen Projektpartnern beigeleitet, etwa aus dem Bereich Verpackung, Erzeugung und Verkauf. Dies gibt uns die Chance, Abfallvermeidung für einen Zeitraum von mehr als drei Jahren zu einem Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Zwar liegt der Fokus zunächst auf dem Bereich der Lebensmittel, das Projekt soll aber auch dazu anregen, Abfallvermeidung auf andere Bereiche zu übertragen.

V. Europäischer Rat einigt sich auf EU-Haushalt bis 2020

Nachdem ein erster Anlauf im November 2012 gescheitert war, berieten die Regierungschefs Anfang Februar 2013 erneut über den gemeinsamen europäischen Finanzrahmen bis 2020. Das Ergebnis langer Verhandlungen ist ein Sparhaushalt: Erstmals wurde beschlossen, weniger Geld als in der vergangenen Periode auszugeben. Trotzdem gelingt der Ausgleich nicht ohne Schuldaufnahmen. Der Finanzrahmen 2014 bis 2020 soll 960 Milliarden, also genau ein Prozent der EU-Wirtschaftsleistung, betragen. Im aktuell noch laufenden Zeitraum beläuft sich der EU-Haushalt auf – inklusive Inflationsausgleich – 994 Milliarden. Besonders Großbritannien und Deutschland hatten sich für Kürzungen im neuen Finanzrahmen eingesetzt. Der vorgelegte Kompromissvorschlag der Staats- und Regierungschefs muss nun erstmals, wie im Vertrag von Lissabon festgelegt, vom Europaparlament angenommen werden. Da dieses den „Defizithaushalt“, wie ihn der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, mehrfach bezeichnet hat, kritisch sieht, droht die Ablehnung. Es hält den Vorschlag für unzureichend, um Arbeitslosigkeit und Rezession zu bekämpfen, und fordert Nachbesserungen.

Die Fördermittel für Strukturfonds und Agrarsubventionen bleiben dabei vorerst die größten Positionen. Außerdem wird eine neue Initiative gegen die Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt. Kürzun-

gen gibt es in allen Bereichen, u.a. Forschung und Innovation, Infrastruktur und EU-Verwaltung. Im Gegenzug wurde vorgeschlagen, die in einem Haushaltsjahr nicht verwendeten Mittel in den Etat des folgenden Jahres zu übertragen – somit steht das Budget weiterhin der EU zur Verfügung und fließt nicht, wie bisher üblich, an die EU-Staaten zurück.

Der Europaminister des Landes, Peter Friedrich, bezeichnete den Haushaltvorschlag als Rückschritt (Interview liegt als Anlage 1 bei). Baden-Württemberg sei einer der größten Profiteure von EU-Förderungen. Die Sparmaßnahmen seien ein Nachteil für das Land. Zudem habe die EU für die Erledigung von immer mehr Aufgaben immer weniger Geld zur Verfügung. Besonders vor dem Hintergrund des Beitritts Kroatiens wird die Verringerung des EU-Haushaltes von vielen Seiten kritisch gesehen – gerade in den Bereichen Strukturmittelfonds und Infrastruktur (Anlage 2).

VI. Irland übernimmt zum Jahreswechsel die EU-Ratspräsidentschaft

Zum 1. Januar 2013 hat Irland die halbjährlich wechselnde EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Prioritäten liegen den Bereichen Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Stabilität. Außerdem wird der Abschluss der Verhandlungen zum mehrjährigen europäischen Finanzrahmen im Mittelpunkt stehen. Neben Dauerthemen wie der EU 2020-Strategie und der Bekämpfung der Eurokrise bilden die digitale Agenda und die Vollendung des gemeinsamen Asylsystems weitere Schwerpunkte der irischen Ratspräsidentschaft.

VII. Debatte über Verbleib Englands in der EU – umstrittene Rede Camerons

Der englische Premierminister David Cameron hat am 23. Januar seine schon seit längerem angekündigte, aber immer wieder verschobene Rede zur Rolle Großbritanniens in der EU gehalten. Die umstrittene Rede wird in nächster Zeit sicherlich eine Rolle in der europäischen Politik spielen. Ihre offizielle Übersetzung stellen wir daher bei Interesse gerne zur Verfügung. Cameron droht in der Rede, dass Großbritannien in Erwägung ziehe, aus der EU auszutreten, wenn seine Forderungen nicht Gehör finden würden. Für spätestens 2017 sei hierzu ein Referendum in Großbritannien geplant. Großbritannien ist ein wichtiger Netto-Zahler in der Europäischen Union und profitiert selbst außerordentlich vom europäischen Binnenmarkt. Ein Ausstieg wäre für beide Seiten problematisch. Camerons Anliegen ist wohl, die weitere europäische Integration zu bremsen und wieder zu einer ausschließlichen Wirtschaftsunion zurückzukehren, von der Großbritannien profitiert. (Rückzug in die Nationalstaaten) Die Reaktionen auf die Rede fielen von verschiedenen Seiten sehr kritisch aus, Großbritannien wurde für seine Auffassung der „Rosinenpickerei“ gescholten.

VIII. Konzessionsrichtlinie der EU zu öffentlichen Ausschreibungen im Bereich der Wasserversorgung an – Privatisierung der Wasserversorgung kritisiert

Der Binnenmarktausschuss des Europaparlaments hat Ende Januar 2013 über die Konzessionsrichtlinie abgestimmt. Sie ist Teil eines großen Gesetzespaketes zum Vergaberecht in den EU-Staaten. Es geht um eine Neuregelung der Vergabekriterien für öffentliche Aufträge und Konzessionen. Die kommunale Wasserversorgung soll davon nicht generell (wie beispielsweise Rettungsdienste) ausgenommen bleiben. Die in Deutschland gängigen kommunalen Eigenbetriebe sind von der neuen Regelung aber nicht betroffen. Sie richtet sich nur an Stadtwerke, die nach einer teilweisen oder vollen Privatisierung bereits als Marktakteure aktiv sind. Nach Aussagen von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier, werde der Gesetzesvorschlag nicht zu einer aufgezwun-

genen Privatisierung der Wasserdienstleistungen führen. Nach dem neuen Vorschlag müsste die Wasserversorgung nicht mehr ausgeschlossen werden, wenn die Wassersparte beispielsweise eines Stadtwerks mindestens 80 Prozent ihrer Umsätze in der Heimatkommune ausmacht. Bedingung sei aber die strikte buchhalterische Trennung der Wasserversorgung von anderen Sparten. Bislang hatte der EU-Binnenmarktkommissar die 80-Prozent-Regel auf alle Geschäftsbereiche eines Stadtwerks gemeinsam anwenden wollen. Also zum Beispiel für Wasser und Elektrizität zusammen. Das hätte zur Folge, dass auch die Wasserversorgung europaweit ausgeschlossen werden müsste, wenn die anderen Betriebssparten, wie z. B. Strom, in anderen Städten und Gemeinden mit mehr als 80 Prozent angeboten werden. Europaparlament, EU-Kommission und EU-Staaten beraten demnächst über die Pläne. Es bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung der Richtlinie danach aussieht (Anlage 3).

IX. Sonstige Themen in Kürze

- 50 Jahre Elysée-Vertrag – Feierlichkeiten am 22. Januar 2013 in Berlin
In einer gemeinsamen Sitzung des deutsch-französischen Ministerrats sowie einer weiteren gemeinsamen Sitzung der französischen Nationalversammlung und des deutschen Bundestages wurde in Berlin die deutsch-französische Freundschaft gefeiert und der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages vor fünfzig Jahren durch Konrad Adenauer und Charles de Gaulle gedacht. Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Hollande bekräftigten, weiterhin gemeinsam für eine stärkere europäische Einigung arbeiten zu wollen.
- Hinweis: Twinning Portal des RGRE
Seit 2009 bietet der europäische RGRE (CEMR) das Portal www.twinning.org an. Kommunen, die am Aufbau einer neuen Partnerschaft interessiert sind, können hier initiativ Gesuche einstellen oder nach passenden möglichen kommunalen Partnern im europäischen Ausland recherchieren und auch direkt Kontakt aufnehmen. Im Jahr 2012 gingen deutsche Kommunen 14 neue förmliche Partnerschaften mit ausländischen Kommunen ein. Beliebte waren dabei besonders Partnerschaften mit polnischen und türkischen Kommunen.
- Europäische Kulturhauptstädte und Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013
Die slowakische Stadt Košice und die Region Marseille-Provence sind 2013 „Kulturhauptstädte Europas“. Sie präsentieren sich mit einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm. Zugleich ist das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger ausgerufen worden. Im Laufe des Jahres sollen verschiedene Veranstaltungen von Verbänden und politischen Akteuren auf allen Ebenen stattfinden, in denen über die Zukunft und den Wert Europas für die Bürgerinnen und Bürger diskutiert werden soll. Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger fällt mit dem 20-jährigen Bestehen der Unionsbürgerschaft zusammen, die mit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages am 1. November 1993 eingeführt wurde.

Beschlussvorschlag:

Kennntnisnahme